

GASTBEITRAG

Datenheuhaufen nutzen nichts

Während derzeit viele Geheimdienste in Europa mit zusätzlichen Befugnissen und Mitteln für den Kampf gegen den Terror aufgerüstet werden, diskutiert Deutschland über zusätzliche Kontrollen und eine Begrenzung der Spionagetätigkeit des Bundesnachrichtendienstes. Wieder steht der BND im Kreuzfeuer seiner Kritiker. Angeblich soll er jahrelang verbündete europäische und deutsche Ziele ausspioniert haben. Erstmals müssen Führungskräfte im BND ihren Hut nehmen. Die Koalitionsparteien arbeiten bereits an einer Reform, um den Dienst an die Leine zu nehmen.

Damit scheint Deutschland angesichts der Terrorwarnungen von München und Anschlägen von Paris entgegen seinen sicherheitspolitischen Interessen zu handeln. Wer so über die BND-Debatte denkt, liegt falsch. Tatsächlich könnte die Bundesregierung mit einer Reform der Geheimdienstkontrolle am Ende klüger handeln als all die Staaten, die jetzt reflexartig mehr Überwachungsbefugnisse für Sicherheitsbehörden durchsetzen. Der Grund: Die Reform bietet die Chance, ein Problem anzupacken, dass die Effektivität von Geheimdienstarbeit seit Jahren erheblich schwächt. Es geht um die millionenfache, anlasslose Erfassung von Kommunikationsdaten aus aller Welt, die den BND überfordern. Immense Datenheuhaufen müssen erfasst, verwaltet, ausgewertet, geteilt und in die operative Planung eingebunden werden. Das bindet Ressourcen, die nicht nur bei der gezielten Überwachung von Terrorverdächtigen fehlen. Eine weitere Folge: Die entscheidenden Informationen können im Grundrauschen der gewaltigen Datenerfassung häufig nicht ausreichend identifiziert und beurteilt werden. Es fehlt die Fokussierung auf das Wesentliche.

Was das bedeutet, zeigen drei Beispiele aus Deutschland, Frankreich und den USA. In Berlin hat der NSA-Untersuchungsausschuss zutage gefördert, dass der BND bei der Überwachung der Satellitenkommunikation mit den USA den Überblick verlor. Das Resultat: Der BND unterstützte mit eigenen Ressourcen nicht nur die NSA bei der Ausspähung deutscher wie europäischer Unternehmen und Politiker. Gleichzeitig kam heraus, dass der BND selbst Se-

EU-Nachbarn rüsten ihre Geheimdienste auf. Deutschland plant mit der BND-Reform das Gegenteil.

Von Thorsten Wetzling



lektoren zur Überwachung nutzte, deren Zweck er im Nachhinein nicht erklären konnte. All dies geschah vermutlich nicht böswillig. Man hat sich schlichtweg im Datensumpf verzettelt.

Auch die Terroranschläge von Paris zeigten, warum eine Kommunikationsüberwachung mit dem Schleppnetz wenig zur Prävention beitragen kann und mehr gezielte Überwachung von Terrorverdächtigen sinnvoller wäre. Der belgische Terrorist Abdelhamid Abaaoud tauchte in gleich fünf Dossiers der französischen Sicherheitsbehörden auf, war den Behörden als Teil der belgischen Terrorzelle von Verviers bekannt und stand zudem im Blickfeld einer französisch-belgischen Sonder Einheit. Sein Komplize, Samy Amimour, wurde seit 2012 unter richterlicher Kontrolle als Gefährder geführt. Dass der Mann nicht zu seinen Kontrollbesuchen erschien, ist viel zu spät aufgefallen. Zu viel Papierkram und das Füttern und Abgleichen von gigantischen Datensätzen haben Zeit und Ressourcen geschluckt – auf Kosten einer intensiven Beschattung.

In den USA hatte die Regierung ursprünglich noch verkündet, dass 50 Anschläge aufgrund der verdachtsunabhängigen Überwachung der NSA haben verhindert werden können. Diese Aussage wurde durch ein von Präsident Obama einberufenes Gremium widerlegt. Die haufenweise Sammlung von Metadaten habe in keinem

der untersuchten Fälle zur Verhinderung eines Anschlags geführt. Aufbauend auf dieser evidenzbasierten Erkenntnis wurden im Mai die Befugnisse der NSA erstmalig seit 9/11 begrenzt.

Die Überwachungsprogramme von Geheimdiensten sind ein notwendiges Werkzeug gegen den Terror. Die Beispiele zeigen aber, dass Dienste ineffektiv arbeiten, wenn sie ohne Orientierung durch den Datensumpf schreiten. Wenn wie im Fall des BND dann auch noch wirksame Kontrollen fehlen, ist es kein Wunder, dass Geheimdienste zu Verfehlungen neigen, die das Vertrauen von Bürgern in den Rechtsstaat untergraben und einen gehörigen diplomatischen Flurschaden anrichten. All dies, ohne für mehr Sicherheit zu sorgen.

Eine wirkliche BND-Reform ist die strategisch klügere Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands, weil eine funktionierende, unabhängige Kontrolle den Dienst stärker an das bindet, was Bundestag und Regierung von ihm erwarten. Den Spionen auf die Finger zu schauen ist kein Selbstzweck, sondern zwingt die Exekutive, Nutzen und Rechtmäßigkeit von Geheimdienstarbeit zu rechtfertigen und damit zu belegen. Dies führt zur Fokussierung und dient unserer Sicherheit. Damit Kanzleramt und BND die Kontrolle ernster nehmen, ist es richtig, über Sanktionsmöglichkeiten für bewusste Fehlinformationen oder das Unterschlagen von Vorgängen von besonderer Bedeutung zu diskutieren. Dabei ist insbesondere die G10-Kommission zu stärken. Sie ist die einzige Kontrollinstanz, die Überwachungsmaßnahmen stoppen kann.

Terroristen aufzuspüren ist eine Kernaufgabe von Nachrichtendiensten. Dafür brauchen wir sie dringend. Anstatt dem reflexartigen Ruf nach mehr Überwachung nachzugeben, sollte jedoch der Bundestag das Mandat des BND auf das Wesentliche begrenzen und einen Rahmen für wirksamere Kontrollen schaffen. Das ist rechtsstaatlich dringend notwendig, gewinnt verloren gegangenes Vertrauen zurück und fördert vor allem die Effektivität des BND zu unserer Sicherheit.

Thorsten Wetzling arbeitet bei der Denkfabrik Stiftung Neue Verantwortung in Berlin.